



Gerling Informationen für
wirtschaftsprüfende, rechts- und
steuerberatende Berufe



10. Januar 1988
8. Jahrgang, S. 2–15
ISSN 0177–1868

1

Inhalt	Seite
GI Leitsätze	2
Haftung des Steuerberaters/Treuhänders	3
– Informationspflicht des ein Bauherrenmodell betreuenden Steuerberaters = objektbezogener Steuerberater	
– Abgrenzung der Verantwortlichkeit zum persönlichen Steuerberater des Bauherren (OLG Köln Urf. v. 16.10.1987 – 20 U 24/87)	
Haftung des Rechtsanwaltes gegenüber Dritten	9
– Auskunftsvertrag – Weiterführende Hinweise (LG Darmstadt Urf. v. 9.9.1987 – 8 O 207/87)	

GI-Leitsätze

Konkurrenzverbot des angestellten Rechtsanwalts

1. Einem angestellten Rechtsanwalt ist es grundsätzlich verwehrt, ohne Zustimmung des Vertragspartners eigene Mandanten zu betreuen. Ein Verstoß gegen das Konkurrenzverbot stellt regelmäßig einen Grund zur fristlosen Kündigung nach § 626 BGB dar.
2. Hat der angestellte Rechtsanwalt unerlaubt Konkurrenz gemacht, so ist er zur Rechnungslegung und zur Herausgabe des aus der Konkurrenzfähigkeit Erlangten verpflichtet.
(OLG Düsseldorf Urt. v. 13.06.85 – 8 U 212/84, RBeistand 1987, 42)

Widerruf der Bestellung bei Konkurs des Steuerberaters

Ist über das Vermögen eines Steuerberaters Konkurs eröffnet worden, so kann nach § 46 Abs. 3 Nr. 2 StBerG seine Bestellung im Regelfall widerrufen werden, ohne daß eine konkrete Gefährdung möglicher Auftraggeber oder des Steueraufkommens vorliegen muß (Bestätigung der Rechtssprechung). Diese Regelung ist mit dem Grundrecht der Berufsfreiheit vereinbar.

(BFH Urt. v. 17.11.1987 – VII R 120/86, Steuer-Telex 0132, LEXinform 0081033)

Fristenkontrolle bei Rechtsmittelauftrag an Kollegen

Neben der Absendung des Auftragsschreibens an einen Kollegen zur Berufungseinlegung, ist die Eintragung der Berufungsfrist im Fristenkalender anzuordnen. Dadurch kann sichergestellt werden, daß vor Ablauf der Berufungsfrist geprüft wird, ob der Kollege den Eingang des Auftragsschreibens bestätigt hat.

(OLG Köln Beschluß vom 16.10.1987 – 11 U 180/87)

Haftung des Steuerberaters/Treuhänders

- Informationspflicht des ein Bauherrenmodell betreuenden Steuerberaters („objektbezogener Steuerberater“)
- Abgrenzung der Verantwortlichkeit zum persönlichen Steuerberater des Bauherren

(OLG Köln Urt. v. 16.10.1987 – 20 U 24/87)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Der Treuhänder, welcher gleichzeitig die steuerliche Beratung der Bauherrengemeinschaft übernommen hat, ist verpflichtet, die Bauherren sofort zu unterrichten, wenn das Betriebsfinanzamt die einheitliche und gesonderte Gewinnfeststellung ablehnt.
2. Der persönliche Steuerberater des Bauherren ist nicht zur Prüfung der sachlichen Richtigkeit der vom Treuhänder/Steuerberater ermittelten Verlustzahlen verpflichtet.
3. Der persönliche Steuerberater ist nicht gehalten, unter allen Umständen die Bestandskraft des Einkommensteuerbescheides zu verhindern, solange er keinerlei konkrete Anhaltspunkte dafür hat, daß das von dem Treuhänder/Steuerberater eingeleitete einheitliche Gewinnfeststellungsverfahren unzulässig sein könnte.
4. Die Vereinbarung einer 1 jährigen Verjährungsfrist für Schadenersatzansprüche gegen den Treuhänder widerspricht dem Gebot eines gerechten Interessenausgleiches und ist gem. § 9 AGB-Gesetz unwirksam.

Zum Sachverhalt:

Der beklagte Steuerberater war Treuhänder für die Betreuung und Abwicklung einer Bauherrengemeinschaft. Ihm oblag auch die steuerliche Beratung der Bauherren. Im Rahmen dieser Tätigkeit beantragte er beim zuständigen Betriebsfinanzamt die einheitliche und gesonderte Feststellung der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung. Mit Bescheid vom 3.5.1983 lehnte das Betriebsfinanzamt die einheitliche und gesonderte Feststellung ab. Der Beklagte unterrichtete die klagenden Bauherren nicht von dem zugestellten Bescheid und legte auch keine Rechtsmittel ein. Am 10.5.1983 erging der persönliche Einkommensteuerbescheid der Kläger durch das Wohnsitzfinanzamt. In diesem Bescheid blieben die Verluste aus Vermietung und Verpachtung hinsichtlich der Bauherrengemeinschaft unberücksichtigt. Erst nach Ablauf der Einspruchsfrist und damit eingetretener Bestandskraft des Bescheides erfuhren die Bauherren im Herbst 1983 von dem negativen Bescheid des Betriebsfinanzamtes.

Aus den Gründen:

Der Beklagte hat die ihm obliegenden Pflichten aus dem das Bauvorhaben E. betreffenden Steuerberatungsvertrag gegenüber den Klägern nicht ordnungsgemäß erfüllt. Er war gehalten, die Kläger sofort zu unterrichten, als ihm der **negative Feststellungsbescheid des Betriebsstättenfinanzamts** zugestellt wurde. Denn bei Eingang desselben stand fest, daß der von dem Beklagten bis dahin eingeschlagene Weg, die Verluste der „Bauherrengemeinschaft“ im Verfahren der einheitlichen Gewinnfeststellung anerkennen zu lassen, nicht gangbar war, die Finanzverwaltung vielmehr die einzelnen Bauherren auf die Geltendmachung der Verluste im persönlichen Besteuerungsverfahren verwies. Hierüber mußten die Kläger ebenso wie die anderen Bauherren sofort unterrichtet werden, weil nur im Rahmen des Verfahrens der einheitlichen Gewinnfeststellung eine nachträgliche Berücksichtigung der Verluste aus der Beteiligung an dem Objekt E. bei der persönlichen Steuerfestsetzung selbst dann möglich war, wenn der Einkommensteuerbescheid bereits bestandskräftig geworden war. Die Unzulässigkeit des besonderen Verfahrens der einheitlichen Gewinnfeststellung hingegen nahm den Steuerpflichtigen diese Möglichkeit der Durchbrechung der Bestandskraft eines Einkommensteuerbescheids und zwang sie dazu sicherzustellen, daß ihre Verluste aus der Beteiligung an dem genannten Objekt in jedem Fall bei der persönlichen Besteuerung berücksichtigt wurden.

Der Beklagte kann sich auch nicht darauf berufen, er habe den Bauherren – und damit auch den Klägern – mitgeteilt, daß die von ihm ermittelten **Verlustzahlen bei der persönlichen Steuererklärung** angesetzt werden müssen. Dieser Hinweis vermag weder die beschriebene Pflichtverletzung auszuräumen, noch ist er geeignet, die Ursächlichkeit der Unterlassung des Beklagten für den Schaden zu verneinen, für den die Kläger den Beklagten nun haftbar machen.

Denn dieser Hinweis war nicht geeignet, den Klägern die **Gefahr vor Augen zu führen**, die ihnen dadurch drohte, daß das Verfahren der einheitlichen Gewinnfeststellung unzulässig war. Der persönliche Steuerberater der einzelnen Bauherren konnte nach den Grundprinzipien der einheitlichen Gewinnfeststellung nämlich davon ausgehen, daß auch die unterbliebene Anerkennung der im Rahmen der Abgabe der Einkommensteuererklärung angemeldeten Verluste aus der Beteiligung an dem Bauherrenmodell nicht endgültig, sondern nur vorübergehend – bis zum Erlaß des Feststellungsbescheids durch das Betriebsstättenfinanzamt – wirken würde. Der genannte Hinweis, auf den sich der Beklagte in diesem Zusammenhang beruft, hätte allenfalls dann ausreichend sein können,

wenn der Beklagte die Bauherren schon im Sommer des Jahres 1982 über die Entscheidung des Bundesfinanzhofs von 27. April 1986 (VIII R 131/80) informiert und ihnen mitgeteilt hätte, daß der von ihm, dem Beklagten, bisher beschrittene Weg der Feststellung der Verluste im Verfahren nach § 180 AO 1977 vom Bundesfinanzhof verworfen worden war und daß deshalb vorsorglich jeder Bauherr dafür Sorge tragen müsse, daß keine Einkommensteuerfestsetzung bestandskräftig werde, ohne daß die Verluste aus der Bauherreneigenschaft berücksichtigt worden sind. Daß der Beklagte diese Information und Belehrung den Bauherren nicht erteilt hat, stellt ebenfalls eine schwerwiegende Verletzung seiner steuerberaterlichen Pflichten dar, die bis zum Eingang des negativen Feststellungsbescheides fortwirkt und dem Beklagten das Recht nimmt, auf die angebliche Zufälligkeit des Zusammentreffens von negativem Feststellungs- und endgültigem Einkommensteuerbescheid der Kläger zu verweisen.

Auch im übrigen besteht kein Anlaß, an der Ursächlichkeit der Pflichtverletzung des Beklagten für den Steuerschaden der Kläger zu zweifeln. Denn es liegt auf der Hand, daß die **versäumte Weiterleitung des negativen Feststellungsbescheides** es nach sich gezogen hat, daß die Kläger im Vertrauen auf das nach ihrer Kenntnis noch nicht abgeschlossene Verfahren der einheitlichen Gewinnfeststellung den Einkommensteuerbescheid haben bestandskräftig werden lassen und nunmehr in der Gefahr stehen, einen Schaden dadurch zu erleiden, daß ihre vom Beklagten für das Steuerjahr 1980 ermittelten Verluste aus dem Objekt E. nicht steuermindernd berücksichtigt werden.

Nicht zu folgen ist ferner der Ansicht des Beklagten, ihm könne ein Verschulden nicht angelastet werden. Ihm als dem Spezialisten für aus Steuerersparnissen finanziertes Immobilienvermögen mußte bei Eingang des negativen Feststellungsbescheides klar sein, daß dadurch für die einzelnen Bauherren die naheliegende Gefahr bestand, daß sie die angemeldeten Verluste nicht steuermindernd anerkannt erhielten; davon abgesehen war auf diesen Umstand in dem Bescheid ausdrücklich hingewiesen worden.

Ob das Versäumen der sich aufdrängenden Reaktion als grobes oder lediglich einfaches Verschulden einzustufen ist, bedarf keiner Entscheidung. Hierauf käme es nur an, wenn der Beklagte sich auf die Haftungsfreizeichungsklausel von § 9 Abs. 2 des notariellen Vertrages berufen und dementsprechend die hilfsweise erhobene Einrede der Verjährung durchgreifen könnte. Dies ist indessen nicht der Fall, denn diese Bestimmung des notariellen Vertrages ist unwirksam, wie der Senat schon im Anschluß an die höchstrichterliche Rechtsprechung (BGHZ 97, 21 ff)

auch in den Beklagten betreffenden Verfahren wiederholt ausgesprochen hat. Treuhandverträge der vorliegenden Art sind nämlich **an § 9 AGBG** zu messen; die **einjährige Verjährungsfrist** für Schadenersatzansprüche gegen den Treuhänder widerspricht dem Gebot eines gerechten Interessenausgleichs, wie sie in **§ 68 StbG** im Sinne einer „**Mindestfrist**“ (BGHZ 97, 21, 26) gesetzlichen Ausdruck gefunden hat. Dieser für Treuhandverträge generell entwickelte Gedanke muß erst recht dann gelten, wenn der Treuhänder gerade auf seinem Fachgebiet, der Steuerberatung, versagt hat.

Schließlich läßt sich die Haftung des Beklagten auch nicht mit dem Hinweis auf ein **Mitverschulden** der Kläger oder von ihnen beauftragten Steuerberaters A. verneinen.

Daß die Kläger selbst der Vorwurf des Mitverschuldens nicht trifft, verkennt auch der Beklagte nicht. Sie müssen sich aber auch ein Verschulden des für die Betreuung ihrer persönlichen Steuerangelegenheiten beauftragten Steuerberaters im Ergebnis nicht anrechnen lassen. Zwar ist § 254 Abs. 2 S. 2 BGB hier anwendbar, weil ungeachtet des sonst in Literatur und Rechtssprechung über die Tragweite dieser Vorschrift bestehenden Streits jedenfalls Einigkeit dahingehend besteht, daß im Rahmen einer bestehenden Sonderverbindung – wie sie hier gegeben ist – sich der Geschädigte jedes Verschulden seines Beauftragten bei der Schadenentstehung und -abwendung wie eigenes Verschulden zurechnen lassen muß.

Dabei erstreckte sich die Schadenabwendungspflicht des Steuerberaters A. allerdings nicht auf die **Prüfung der sachlichen Richtigkeit** der von dem Beklagten ermittelten Verlustzahlen. Insofern durfte er sich vielmehr ebenso wie der Kläger selbst auf den Beklagten verlassen, der als besonderer Spezialist für Bauherrenmodellfragen eigens eingeschaltet worden war (vgl. BGHZ 96, 98, 100 ff.).

Anders verhält es sich dagegen mit dem verfahrensmäßigen Vorgehen des Beklagten. Hier kann nicht unberücksichtigt bleiben, daß der Beklagte und StB A. **zusammenwirken** mußten, um ihren Mandanten, den Klägern, die steuerliche Vorteile der Beteiligung an dem Objekt E. zu verschaffen. Denn wenn – wie hier gesehen – schon bei der Erstellung der Einkommensteuererklärung die von dem Beklagten ermittelten Verlustzahlen von dem persönlichem Steuerberater eingearbeitet werden, dann übernimmt der letztgenannte auch eine Mitverantwortung dafür, daß die Verluste für den Mandanten steuermindernd berücksichtigt werden. Dies gilt selbst dann, wenn die Geltendmachung bei der persönlichen Einkommensteuererklärung in erster Linie das Ziel hat, für das maßgebliche

Steuerjahr eine – nur unter dem Vorbehalt späterer Korrektur entsprechend dem Ergebnis des Verfahrens der einheitlichen Gewinnfeststellung ergehende – niedrigere Festsetzung der Einkommensteuerschuld und für die Folgejahre geringere Einkommensteuervorauszahlungen zu erreichen. Auch in einem solchen Fall muß der persönliche Steuerberater in geeigneter Weise mit dafür Sorge tragen, daß eine entsprechende endgültige Festsetzung vorgenommen wird, was zugleich der Annahme entgegensteht, die Verhütung des entstandenen Schadens habe dem Schädiger – wie in dem vom Bundesgerichtshof in der Entscheidung BGHZ 96, 98, 100 f beurteilten Fall – allein obliegen.

Eine Verletzung von Steuerberaterpflichten ist indessen Herrn A. nicht vorzuwerfen; ein etwaiges Mitverschulden wäre im übrigen – wie das Landgericht mit Recht angenommen hat – von so geringem Gewicht, daß es gegenüber demjenigen des Beklagten völlig zurückträte und eine Kürzung des Anspruchs der Kläger nicht rechtfertigen könnte.

Ob dem Steuerberater A. die Pflicht obliegen hat, sich innerhalb der Einspruchsfrist des Einkommensteuerbescheides für das Jahr 1980 bei dem Beklagten oder dem Betriebsstättenfinanzamt danach zu erkundigen, ob das eingeleitete Verfahren der einheitlichen Gewinnfeststellung mit einem positiven Feststellungsbescheid abgeschlossen werde, bedarf keiner Entscheidung. Denn selbst wenn man Herrn D. eine entsprechende **Erkundigungspflicht** auferlegen wollte, so hätte eine Erfüllung derselben den nunmehr drohenden Schaden, für den die Kläger den Beklagten haftbar machen, nicht abgewendet.

Der Senat vermag nämlich nicht die Überzeugung zu gewinnen, daß der Beklagte dem persönlichen Steuerberater der Kläger eine zutreffende Auskunft gegeben hätte. Hiergegen spricht – außer seinem nach Veröffentlichung der erwähnten Entscheidung des Bundesfinanzhofs vom 27. April 1982 gezeigten passiven Verhalten – das an die Kläger gerichtete Schreiben vom 25. August 1983, in welchem trotz Vorliegen des inzwischen bestandskräftigen negativen Feststellungsbescheids der Eindruck erweckt wurde, als werde das Verfahren der einheitlichen Gewinnfeststellung in Abstimmung mit dem Betriebsstättenfinanzamt weiter in der Form betrieben, wie dies in dem Vertragswerk vorgesehen gewesen ist.

Auch eine **Erkundigung bei dem zuständigen Finanzamt** hätte den Schadeneintritt nicht vermieden. Denn unstreitig ist dem Steuerberater A. bei seiner fernmündlichen Anfrage nach Ablauf der Einspruchsfrist für den Einkommensteuerbescheid nicht der zutreffende Sachverhalt, daß nämlich ein negativer Feststellungsbescheid ergangen war, mitgeteilt, sondern eine unrichtige Auskunft gegeben worden. Auch insofern hat der

Senat keinen Anhaltspunkt für die Annahme, daß eine rechtzeitige Nachfrage zu einer anderen und zutreffenden Auskunft geführt hätte, die den Steuerberater in die Lage versetzt hätte, Einspruch einzulegen.

Herr A. war auch **nicht gehalten, unter allen Umständen** – wie der Beklagte meint – **die Bestandskraft des Einkommensteuerbescheides zu verhindern**. Solange er keinerlei konkrete Anhaltspunkte dafür hatte, daß das von dem Beklagten als dem für die mit Bauherrenmodellen verbundenen steuerlichen Probleme besonders versierten Kollegen eingeleitete Verfahren der einheitlichen Gewinnfeststellung unzulässig sein könnte, durfte er darauf vertrauen, daß die im Einkommensteuerbescheid unterbliebene Berücksichtigung der Verluste aus dem Objekt E. später von amtswegen zu einer den Klägern günstigen Berichtigung des Steuerbescheids führen werden. Ein solcher konkreter Anhaltspunkt war auch nicht die bereits mehrfach erwähnte Entscheidung des Bundesfinanzhofs vom 27. April 1982. Denn abgesehen davon, daß Herr A. nicht gewußt haben soll, daß es sich bei dem Objekt um Einfamilienhäuser gehandelt hat, mußte er nicht unter allen Umständen davon ausgehen, daß auch die Finanzverwaltung in Köln sich künftig nach dieser höchstrichterlichen Entscheidung in allen vergleichbaren Fällen richten werde. Es ist nämlich gerichtsbekannt, daß die obersten Finanzbehörden vielfach sog. Nichtanwendungserlasse, d.h. Anordnungen treffen, daß die bestimmten richterlichen Erkenntnissen zugrunde liegenden Rechtsauffassungen in anderen Fällen nicht befolgt werden sollen.

Selbst wenn man dem Steuerberater entgegen dieser Annahme – und ungeachtet des Fehlens jeglichen warnenden Hinweises des Beklagten – anlasten wollte, daß er die genannte Entscheidung für den vorliegenden Fall nicht ausgewertet und nicht für eine vorsorgliche Einspruchseinlegung gesorgt hat, so ist diese **Pflichtverletzung des persönlichen Steuerberaters** der Kläger im Vergleich zu dem Versagen des Beklagten bei der Wahrnehmung seiner **Pflichten von untergeordneter Bedeutung**. Denn die **objektbezogene Steuerberatung** – zu der ausdrücklich auch das Verfahren der einheitlichen Gewinnfeststellung gehörte – war gerade dem Beklagten als dem ausgewiesenen Spezialisten gegen ein nicht geringes Honorar übertragen worden; ihm in erster Linie oblag es zu überwachen, ob das von ihm vorgeschlagene und eingeleitete steuerliche Verfahren zum Erfolg führen werde, und ggfs für Änderungen zu sorgen, soweit sie sich als erforderlich erweisen sollten. Für den **persönlichen Steuerberater** dagegen handelte es sich um eher fernliegende Fragen, die nicht zu seinem unmittelbaren Aufgabenkreis gehörten.

Haftung des Rechtsanwaltes gegenüber Dritten

- Auskunftsvertrag
- Weiterführende Hinweise

(LG Darmstadt Ur. v. 9.9.1987 – 8 O 207/87)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Die Annahme eines Auskunftsvertrages zwischen dem Rechtsanwalt und dem Gegner seines Mandanten scheidet in aller Regel aus, weil er nicht in Vertragsbeziehungen zur Gegenpartei treten darf, wenn er sich nicht dem Vorwurf des Parteiverrats aussetzen will.
2. Ein Auskunftsvertrag ist nur dann zu bejahen, wenn äußere Umstände deutlich für einen Verpflichtungswillen des Rechtsanwaltes sprechen und er klar zum Ausdruck bringt, eine eigene auf eigener Wahrnehmung beruhende Erklärung abzugeben.

Zum Sachverhalt:

Der Mandant eines Rechtsbeistandes wollte mit einer Leasing-Firma einen Sale-and-Lease-Back-Vertrag über einen Computer abschließen. Die Leasing-Fa. – hier Klägerin – wandte sich an den beklagten Rechtsbeistand, von dem sie das Mandatsverhältnis kannte und bat ihn um eine Bestätigung über den Zeitpunkt der Inbetriebnahme des Computers. Mit Schreiben vom 31.1.1985 bestätigte der Beklagte, daß der Computer Ende November/Anfang Dezember in Betrieb gesetzt worden sei.

Die Mandantin des Rechtsbeistandes meldete später Konkurs an. Die klagende Leasing-Fa. behauptet nunmehr, die bestätigende Erklärung des Rechtsbeistandes im Schreiben vom 31.1.1985 sei unrichtig gewesen: Entgegen den dortigen Angaben sei der Computer bereits seit Anfang 1984 in Gebrauch gewesen. Hätte sie dies gewußt, hätte sie den Sale-and-Lease-Back-Vertrag nicht abgeschlossen.

Aus den Gründen:

Die zulässige Klage ist unbegründet. Der Klägerin steht kein Schadensersatzanspruch gegen die Beklagten wegen positiver Forderungsverletzung eines zwischen den Parteien geschlossenen Auskunfterteilungsvertrages zu.

Zwischen den Parteien ist ein derartiger Vertrag nicht zustande gekommen. Die Annahme eines **Auskunftsvertrages** zwischen einem Rechts-

beistand und dem Geschäftsgegner scheidet im Rahmen rechtsberatender Tätigkeit in aller Regel schon deswegen aus, weil ein Rechtsbeistand ebenso wie ein Rechtsanwalt, wenn er sich nicht dem Vorwurf des **Partei- verrats** aussetzen will, nicht in Vertragsbeziehungen zur Gegenpartei treten darf. Außerhalb des Bereichs der Rechtsberatung ist nur ausnahmsweise der Fall denkbar, daß der Rechtsanwalt oder Rechtsbeistand mit Zustimmung seines Mandanten Auskunftsperson für dessen Gegner wird (BGH NJW 1972, 680 und BGH WM 1978, 576).

Ein Auskunftsvertrag zwischen den Parteien erfordert grundsätzlich das Vorhandensein und die Erkennbarkeit des Willens, sich zu einer rechtsverbindlichen Auskunft zu verpflichten, auf der Gegenseite den Willen, diese Verpflichtung anzunehmen (BGH WM 1978, 577). Dabei ist auf den objektiven Erklärungsinhalt abzustellen, nicht auf die tatsächliche Willenslage der Parteien. (RGRK-Steffen 12. Aufl. § 676 Rdn. 30 m.w.N.). Die Annahme eines Auskunftsvertrages zwischen dem für seinen Mandanten tätigen Anwalt und dessen Geschäftsgegner ist somit die Ausnahme und kann nur bejaht werden, wenn die im Einzelfall festgestellten Umstände deutlich für den Verpflichtungswillen des Anwalts oder Rechtsbestandes sprechen (BGH WM 1978, 577).

Diese Voraussetzungen sind im vorliegenden Fall nicht erfüllt. Hier ist die Klägerin ausdrücklich an den Beklagten zu 1) herangetreten, um eine Auskunft zu erhalten. Der Beklagte zu 1) war jedoch Rechtsbeistand der Fa. und stand in einem ständigen Vertragsverhältnis zu Fa.

Seine Erklärungen, die er im Rahmen der Mandatserteilung abgab, ob ausdrücklich oder schlüssig, gab er im Namen des Mandanten ab, es sei denn, er wurde ausdrücklich von der Klägerin gebeten, eine eigene auf eigener Wahrnehmung beruhende Auskunft zu erteilen. Der Gegner eines anwaltlich vertretenen Vertragspartners geht in der Regel davon aus, daß der **Anwalt seine Erklärungen im Namen des Vertretenen** abgibt und daß die Informationen und Auskünfte, die der Anwalt oder Rechtsbeistand an den Gegner weiterleitet, vom eigenen Mandanten stammen. Sind diese Angaben unrichtig, kann sich der Gegner nur an seinen Vertragspartner halten, nicht aber an den Rechtsbeistand, der nur Vertreter ist.

Etwas anderes gilt nur dann, wenn der Anwalt oder Beistand klar zum Ausdruck bringt, daß die erteilte **Auskunft auf eigener Wahrnehmung** beruht und der Gegner deutlich erklärt, er wolle eine eigene Bestätigung des Anwalts oder Rechtsbestandes. Letzteres ist im vorliegenden Fall jedoch nicht geschehen.

Aus dem Schreiben vom 31.1.1985 ergeben sich keine Anhaltspunkte, daß der Beklagte zu 1) selbst Wahrnehmungen in Bezug auf die Inbetriebnahme des Computers gemacht hat. Aus der Verwendung der Worte „**ich bestätige**“ läßt sich nicht herleiten, daß der Beklagte zu 1) eine eigene Wahrnehmung wiedergeben wollte, da diese Formulierung als im Anwaltsbereich übliche Praxis bezeichnet werden kann.

Anwälte, die in der Regel nur Tatsachen weitergeben, die ihnen von den Mandanten mitgeteilt wurden, müssen deshalb klar und eindeutig zum Ausdruck bringen, daß ausnahmsweise eine eigene Wahrnehmung wiedergegeben wird. Nur dann kann sich der Geschäftsgegner auf die Auskunft verlassen. Tatsachen, aus denen die Klägerin schließen mußte, daß die Auskunft des Beklagten zu 1) auf eigener Wahrnehmung beruhte, wurden von Kläger nicht vorgetragen.

Weiterführende Hinweise zur Haftung des Steuerberaters/Wirtschaftsprüfers/Rechtsanwaltes gegenüber Dritten:

Hat der Steuerberater den Auftrag, **die Jahressteuererklärungen für ein Unternehmen und die Einkommensteuererklärung des Unternehmers** zu erstellen, so hat er vertragliche Schutzpflichten in Bezug auf die **Vermögensinteressen der Ehefrau des Unternehmens** zu beachten. Mit ihnen kommt er notwendig und erkennbar in Berührung, wenn der Unternehmer mit der Ehefrau gemeinschaftlich veranlagt wird. Der Steuerberater hat dann auch die auf die Verhältnisse der Ehefrau bezogenen Fragen richtig zu beantworten, von ihr steuerliche Nachteile abzuwenden und ihr steuerliche Vorteile zu sichern.

(BGH WM 1985, 1274 = GI 33/85 = DB 1985, 2040 = EWIR Art. I § 1 RBerG 3/85, 705 (Loewe) = WuB IV A 675, 2.85 (Messerl))

Dritte können in den Schutzbereich eines Steuerberatungsvertrages aufgrund der objektiven Interessenlage oder aufgrund konkreter Anhaltspunkte – Parteierklärungen bzw. Parteiverhalten – angenommen werden. Hier: **Zwischenabschluß** sollte als **Entscheidungsgrundlage für Dritte** – Käufer oder Kreditgeber – dienen.

Schutzpflichten zugunsten Dritter setzen voraus, daß sie auf eine überschaubare, **klar abgrenzbare Personengruppe** beschränkt sind. Hier: Beschränkung auf den Käufer von Geschäftsanteilen bzw. dessen Kreditgeber.

Haftungshöchstsummen in **Allgemeinen Auftragsbedingungen** können Dritten, die in den Schutzbereich des Steuerberatungsvertrages einbezogen sind, entgegengehalten werden.

Der **Schadenersatzanspruch wegen vorsätzlich sittenwidriger Schädigung gemäß § 826** kann durch Allgemeine Auftragsbedingungen nicht eingeschränkt werden.

IBGH GI 87, 27 = WM 87, 257 = ZIP 87, 376 = DB 87, 828 = BB 87, 371 = EWIR § 826 BGB 2/87 (Gräfel) = WuB IV a § 328 BGB. 1.87 (Johlke)

Der auf die Beratung eines Ehegatten im Rahmen einer **Scheidungsfolgenvereinbarung gerichteten Anwaltsvertrag** begründet zur Vertragshaftung führende Schutzpflichten zugunsten des anderen Ehegatten in der Regel auch dann nicht, wenn dieser Ehegatte wegen des Anwaltshonorars einen Schuldbeitritt erklärt.

OLG Düsseldorf AnwBl. 1986, 203

Ersatzansprüche der Anleger gegen den von einer Gesellschaft eingesetzten Treuhänder, der die vertragsmäßige Verwendung der von den Anlegern eingezahlten Gelder gewährleisten sollte; **keine Prospekthaftung des unbekannt gebliebenen Verfassers eines dem Prospekt zugrunde liegenden Gutachtens**, aber Deliktshaftung bei Unrichtigkeit des Gutachtens und grober Leichtfertigkeit der Verfasser.

BGH WM 1986, 904 = WuB I G § Prospekthaftung 4.86 (v. Heymann)

Zur Frage der Haftung eines Wirtschaftsprüfers gegenüber der kreditgebenden Bank, **der er eine im Auftrag des Kreditnehmers gefertigte unrichtige Übersicht über dessen Vermögen** vorgelegt hat.

BGH VersR 1986, 1179 = WM 1986, 711 = WuB IV A. § 328 BGB 1.86 (v. Heymann)

Zu den Anforderungen an die vertragliche und deliktische Haftung eines Steuerbevollmächtigten, der **als „verlängerter Arm“ seines Auftraggebers** dessen Vertragspartner falsche Zahlen über Umsatz und Gewinn einer Handelsgesellschaft mitteilt.

BGH GI 43/85 = WM 1985, 1513 = StB 85, 360 = NJW 86, 180, vgl. EWIR § 675, BGB 8/85 (Gräfel); WuB IV A. § 676 BGB 2.86 (Frisinger)

Zur Frage, unter welchen Voraussetzungen ein Dritter in den **Schutzbereich eines Auskunftsvertrages** einbezogen ist.

BGH WM 1985, 450 = ZIP 1985, 398; vgl. EWIR § 676 BGB I/85, 151 (Köndgen) WuB IV A. § 305 BGB 1/85 (Werhan)

Haftung aus fehlerhaften **Sachverständigengutachten** gegenüber Dritten.

BGH GI 2/84 = NJW 84, 355 = ZIP 84, 70

Gutachtenauftrag: Stehen die **Gesellschafter im Schutzbereich des Vertrages?**

BGH GI 5/83 = NJW 83, 1053 = WM 83, 35 = ZIP 83, 81 = DB 83, 279 = BB 83, 85

Ein Wirtschaftsprüfer, der pflichtwidrig einen **Bestätigungsvermerk** erteilt hat, haftet nicht dafür, daß ein **Vorstandsmitglied der AG** die aufgrund der testierten Geschäftsberichte entstandenen und fortdauernden Geschäftsverbindungen zu **strafbaren Handlungen** nutzt.

OLG Karlsruhe Ur. v. 7.2.1985 GI 42/85

Ein Rat- oder Auskunftserteilungsvertrag wird nicht dadurch zwischen einem Wirtschaftsprüfer und einem Beteiligungsinteressenten an der geprüften Gesellschaft abgeschlossen, daß letzterer die **Arbeitsergebnisse des Wirtschaftsprüfers dem Interessenten zugänglich macht**. Auch ein **Haftungseinstands- oder Übernahmevertrag ist zu verneinen, insbesondere, wenn der Wirtschaftsprüfer die Weitergabe von seiner Zustimmung abhängig macht** und diese nicht erfolgt ist.

Fertigt ein Wirtschaftsprüfer **im Auftrag einer Gesellschaft eine Vermögensaufstellung** und macht die Gesellschaft dieselbe einem Beteiligungsinteressenten zugänglich, so entsteht dadurch weder ein Vertrag zugunsten Dritter noch ein Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten der Interessenten.

OLG Saarbrücken BB 78, 1434 (rechtskräftig nach Revisionsrücknahme, VII ZR 251/78 am 10.10.1980)

Zur Haftung des Steuerbevollmächtigten, dessen Angestellter einem Kunden **für dessen Hausbank** bestimmten, versehentlich unrichtigen **Status** gefertigt hat, gegenüber einem dadurch getäuschten anderen Kreditgeber des Kunden.

OLG Köln BB 78, 333 unter Bezugnahme auf BGH VersR 73, 248 = NJW 73, 322

Ein Steuerberater haftet gegenüber der Geschäftsbank seines Mandanten für die Richtigkeit der von ihm erstellten **Bilanzen**, wenn diese **für ihn erkennbar als maßgebliche Kreditunterlage** zur Bestimmung des Kreditrahmens dienen sollten und die Banken sie zur Kreditprolongierung veranlaßt haben.

LG Zweibrücken ZIP 82, 1096

Steuerberatungsvertrag mit Schutzwirkung zugunsten des Kreditgebers?

LG Detmold Ur. v. 13.8.1981 GI 13/82

Zur Haftung eines Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters für den Kreditschaden einer Bank.

LG Oldenburg Ur. v. 6.3.1980 GI 16/81

Die Rechtssprechung zur Auskunftshaftung.

Hohenlohe-Oehringen BB 86, 894

Dritthaftung für falsche freiwillige Auskünfte.

Fischer (Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft 84, 1 ff.)

Grundprobleme der Dritthaftung bei Verletzung von Auskunfts- und Beratungspflichten in der neueren Rechtsprechung.

Schulze JuS 83, 81 ff.

Die Sachwalterhaftung vermögenssorgender Berufe.

Herrmann JZ 83, 422 ff.

Wirtschaftsprüfer und Dritthaftung

Ebke 1983

Die vertragliche Haftung der Bau- und Bewertungssachverständigen für private Gutachten und Empfehlungen.

Döbereiner BauR 823, 11

Haftung gegenüber Dritten aus dem stillschweigenden Auskunftsvertrag.

GI 3/81

Zur Auskunftshaftung.

LammelAcP 79, 337 ff.

Die Haftung des Wirtschaftsprüfers gegenüber Dritten.

Czech BB 75, 723

Die Haftung des Wirtschaftsprüfers und des C.P.A. gegenüber Dritten.

Ders. Diss. Hamburg 1977

Die vertragliche Haftung des Wirtschaftsprüfers gegenüber Dritten.

Durchlaub DB 74, 905

Die Erweiterung der Verantwortlichkeit des Abschlußprüfers durch die neuen aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften.

Boecken Diss. Köln 1969, 64 ff.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1/1988)

Allgemeine Geschäftsbedingungen		Rechtsanwalt	
– Verjährungsfrist		– Dritthaftung	88,9
= bei Treuhandvertrag, 1 Jahr	88,3	– Konkurrenzverbot	88,2
Bauherrenmodell		Steuerberater	
– objektbezogener StB		– Konkurs des	88,2
= Abgrenzung zum persönlichen StB	88,3	Steuerberatungsgesetz	
Dritthaftung		– § 46 Abs. 3 Nr. 2	
– stillschweigender Auskunftsvertrag	88,12	= Konkurs des StB	88,2
Haftungsbeschränkung		Steuerberatungsvertrag	
– Verjährungsfrist in AGB	88,3	– objektbezogene und persönliche Steuerberatung	88,3
Herausgabepflicht des StB's		Treuhänder	
– Abholung/Übersendung	88,2	– Belehrung über steuerliche Risiken	
– Mandantenunterlagen	88,2	= einheitliche und gesonderte Gewinnfeststellung wird abgelehnt	88,3
Literatur- und Rechtsprechungshinweise		Wettbewerb/Mandantenschutz	
– Dritthaftung	88,11	– des angestellten RA	88,11

OLG Düsseldorf, 13.06.1985 – 8 U 212/84	88,2
= RBeistand 1987, 42	
OLG Köln v. 16.10.1987 – 20 U 24/87	88,3
OLG Köln v. 16.10.1987 – 11 U 180/87	88,2

LG Darmstadt v. 09.09.1987 – 8 O 207/81	88,9
BFH v. 17.11.1987 – VII R 120/86	88,2
= Steuer-Telex 132	
= LEXinform 0081033	

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.